

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Donnerstag, 19. April 1934

Nr. 91

Japan verbietet sich jede fremde Einmischung in China

Tokio, 18. April. Im Zusammenhang mit den Gerüchten, wonach eine internationale Mission zur Hilfe für China unternommen werden soll, veröffentlicht das japanische Außenministerium eine Erklärung, in welcher es seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit darlegt. Die Presse erwidert darin eine Mahnung an die übrige Welt, sich mit China nicht zu befassen.

In der offiziellen Erklärung heißt es: Japan ist der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung des Friedens im Osten seine Angelegenheit sei. Die Wiederherstellung der Ordnung in China hänge von China selbst ab, und jede Aktion der chinesischen Regierung, die gegen den Frieden im Osten verstoße, werde dem Widerstand Japans begegnen, das sich auch gegen jede Mahnung anderer Mächte stelle, den Frieden im Osten zu stören. Maßnahmen dieser Art seien a. V. die Lieferung von Militärflugzeugen an China, die Beistellung von militärischen Instruktoren und die Gewährung von Anleihen.

Der Sprecher des japanischen Außenministeriums gab einem Vertreter des Reutersbüros gegenüber folgende Erklärung ab: Der soeben dargelegte Grundsatz werde auf eine solche Art zur Geltung gebracht werden, die nicht im Widerspruch zu den günstigen Verträgen stehe.

Blutige Demonstrationen in Italien

Rom, 18. April. In dem kleinen Städtchen Trastevere-Feligna in den Abruzzen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei, wobei es einen Toten und vier Verletzte gab. Die Demonstrationen sollen lokalen Charakter gehabt haben.

Trotzki fährt nach Spanien

London, 18. April. Wie das Reuters-Büro aus Paris erfährt, ist Trotzki nach Spanien abgereist.

Roehm forderte für SA 600 Millionen

Berlin, 18. April. (Anrech.) Aus der Einberaterung der Reichsregierung erfahren wir interessante Einzelheiten. Roehm forderte für die SA einen Reichszuschuß von nicht weniger als 600 Millionen Reichsmark, sich aber auf die Opposition des Finanzministers von Schwerin-Krosigk und des Stahlhelmführers Selbte. Schwerin-Krosigk hielt die Belastung von 600 Millionen im Etat und gegenüber dem Ausland nicht für tragbar. Selbte unterstützte ihn, indem er erklärte, daß der Stahlhelm seine gesamte Organisation mit eigenen Mitteln finanziert habe; wenn die SA weiterbestehen wolle, müsse sie schließlich ebenfalls zur Selbstfinanzierung übergehen. In unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß der Vorstoß der beiden Minister auf eine Aussprache zwischen Hindenburg und Selbte zurückzuführen ist, die Mitte März stattgefunden hat und in der Selbte dem Reichspräsidenten einen ausführlichen Vortrag über die Finanzierung des Stahlhelms gehalten hat.

250 kg Ammonit verschleppt

Wien, 18. April. Das „Echo“ referiert über einen in der Gemeinde Maria-Schuh auf dem Semmering verübten sensationellen Ammonit-Diebstahl. Das dortige Kalk- und Gipswerk kaufte dieser Tage 17 Kisten Ammonit von je 25 Kilogramm Gewicht. In einer Nacht verschwanden alle Kisten. Die Gendarmerie fand nach angestrengten Nachforschungen im nahen Walde unter Getrüpp 7 der gestohlenen Kisten. Die Nachforschungen nach den restlichen 10 Kisten blieben bisher ergebnislos.

Neues Schutzbundurteil

St. Pölten, 18. April. Hier wurde gestern die Verhandlung gegen 18 Schutzbündler, die wegen des Geschehens im Winklhofer Wald angeklagt waren, zu Ende geführt. Der Hauptangeklagte Josef Seider wurde zu 18 Monaten schwerem Kerker, 16 weitere Angeklagte zu 3 bis 12 Monaten verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Wird das deutsche Rüstungs- Budget der Welt endlich die Augen öffnen?

Paris, 18. April. Die französische Antwort, die Barthou gestern abends dem britischen Chargé d'Affaire Campbell überreichte, umfaßt nur drei Schreibmaschinenseiten. Sie wird veröffentlicht werden, falls sich England mit der Veröffentlichung einverstanden erklärt.

Im Zusammenhange mit dieser Antwort verlaute an politischen Stellen: Selbst wenn Frankreich geneigt gewesen wäre, das beantragte Abkommen zu unterzeichnen, so wäre es doch von dieser seiner Absicht wieder abgesehen im Hinblick auf die erhöhten Rüstungsausgaben Deutschlands und die deutsche Antwort auf das Ersuchen, in welchem Großbritannien den Wunsch nach einer Aufklärung der erhöhten Ausgaben für das Militärbudget ausdrückte.

Deutschland, das öffentlich bedeutende, für militärische Zwecke bestimmte Summen bekannt gibt, beständige dadurch, daß es um seine Aufrüstung bemüht sei, was im Widerspruch zu seinen früheren Verpflichtungen stehe, und daß es die Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen nicht abwarte.

Frankreich konnte unter diesen Umständen seine Friedensliebe nicht dadurch dokumentieren, daß es auf die Sicherheit verzichtete und nicht abwarten würde, wie die beiderseitigen Verhandlungen zwischen den Großmächten enden werden. Frankreich werde nunmehr die Ergebnisse der Genfer Diskussionen abwarten und seiner traditionellen Politik treu bleiben.

Minister Barthou drückte Großbritannien gegenüber in klarer Weise sein Bedauern aus, daß Frankreich außerstande sei, in einer weniger kategorischen Art auf die britischen Veröffentlichungsbemühungen zu antworten, deren Bedeutung und freundschaftlichen Charakter er voll auf würdigt.

Frankreich hoffe, daß die Beweggründe seiner Entscheidung in England Verstehen finden werden, wo die öffentliche Meinung vor kurzem die wachsende Gefahr der Aufrüstung Deutschlands und besonders die Gefahr der Aufrüstung Londons durch die reichsdeutschen Flugzeuge richtig eingeschätzt habe.

Die Pariser Blätter stimmen dem Inhalt der Note zu und betonen, daß diese heikle Note vom Ministerrat einstimmig genehmigt worden sei.

„Journal“ schreibt in diesem Zusammenhang von einer „Frontänderung“ und fügt aus: Wir senden nach London nicht das erwartete Versprechen der Garantien, sondern erinnern die Engländer daran, daß die deutsche Antwort auf den

britischen Fragebogen über das neue deutsche Budget das Einbekenntnis bedeutet, daß Deutschland von neuem rüstet; so löst die Grundlage auf, zu erörtern, auf welcher die Sonderverhandlungen im Rahmen des Genfer Hauptauschusses geführt wurden mit dem Ziel, jedwede Erhöhung des Rüstungsstandes auszuschießen. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz selbst ist qualifiziert, die Situation zu beurteilen.

Nur dann, wenn der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz es zuläßt, daß man auf neue Rüstungen Deutschlands eingehen soll, wird es möglich sein, zu der Diskussion über die Garantien zurückzukehren.

Die Blätter erwarten, daß die französische Note in London mit Überraschung aufgenommen werden wird.

„Matin“ schreibt: Dieses „Non possumus“, unter dessen Devise die französische Regierung einmütig die Verantwortung auf sich nahm, läßt nichtdeutlicher zu, daß Frankreich ständig zur Abrüstung geneigt ist, wenn sich die Abrüstung ausnahmslos auf alle beziehen wird. Die einzelnen früheren französischen Regierungen haben den Plan einer allgemeinen Abrüstung betreffende Vorschläge und Angebote vorzulegen. Unter Land hat tatsächlich dargelegt, daß es sich ihm um den Frieden handelt. Die Antwort Deutschlands war derart, daß es öffentlich erklärte, daß es gegen alle rüste. Wir antworten, daß es uns nicht möglich ist, unsere Sicherheit preiszugeben.

Paris, 18. April. In Besprechung des französischen Standpunktes zur Abrüstungsfrage schreibt „Le Temps“, die französische Regierung könne keineswegs eine Formel genehmigen, mit der die neuen Rüstungen Deutschlands legalisiert würden. Diese neuen Aufrüstungen lassen sich nach Ansicht des Blattes nicht rechtfertigen. Nicht allein daß Deutschland in Verletzung der Friedensverträge anzurüsten begonnen habe, nicht nur, daß es in orientativer Weise am 14. Oktober die Abrüstungskonferenz verließ, um so jedes Abkommen, das die deutsche Wiederaufrüstung verhindern sollte, zu vereiteln, Deutschland verschärft die Situation andauernd und macht Forderungen geltend, die die Bestimmungen des Macdonald-Planes weit übersteigen. Deutschland hat für das Jahr 1934/35 das Heeresbudget um 175 Millionen Mark, das Budget für Marine um 50 und das für Luftwesen um 132 Millionen Reichsmark erhöht und das kommt dem Eingeständnis gleich, daß das Reich die schleunige und umfassende Wiederaufrüstung betreiben will.

Die Blätter bemerken, daß der Beschluß der französischen Regierung sicherlich nicht derart ist, daß er dem gerade in Paris weilenden Minister Titulescu nicht gefallen würde.

Mussolini-Regime in hohen Nöten

Die italienischen Bankiers befehlen katastrophale Lohnkürzung als letzten Rettungsversuch

London, 18. April. (Eigenbericht.) Das Blatt der britischen Arbeiterpartei „Daily Herald“ bringt einen aufsehenerregenden Bericht seines römischen Korrespondenten über den bevorstehenden materiellen Zusammenbruch des Mussolini-Regimes. Wie das Blatt berichtet, rief Mussolini das Kabinett zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, in der er erklären mußte, daß Italien vor dem finanziellen Zusammenbruch stehe. Man erwartet, daß das Budgetdefizit Ende Juni bereits 8000 Millionen Kč betragt. Die Bankiers haben erklärt, man müsse, um den allgemeinen Zusammenbruch aufzuhalten, sofort eine allgemeine Kürzung der öffentlichen Ausgaben durchzuführen, aber auch der Löhne aller Arbeiter der Privatindustrie dekretieren. Daraufhin hat Mussolini eine allgemeine Lohnkürzung von mindestens 12 Prozent befohlen. Die Steuern sind in

Italien bereits so drückend, daß ihre Erhöhung fast unmöglich scheint. Dennoch wurde jetzt die Junggesellensteuer wieder um 50 Prozent erhöht.

„Daily Herald“ erzählt weiter, daß alle diese Vergewaltigungsmahnahmen höchstens 2000 Millionen Kč, also nur ein Viertel des Defizites ersparen können. Von sozialer Fürsorge sei in Italien überhaupt nicht mehr die Rede, die Löhne hätten den tiefsten Punkt seit dem Kriege erreicht. Da Mussolini unter diesen Umständen die Erbitterung der Arbeiterschaft fürchtet, wird er jetzt, wie das Blatt meldet, den in Ungunst gefallenen Minister Balbo als Stabschef zurückberufen, da Balbo als rücksichtsloser Draufgänger gilt. Aber auch Balbo und seine Flintengarden, schreibt „Daily Herald“, werden den Bankrott der fascistischen Wirtschaft, der hier beginnt, nicht aufhalten können.

Ein „Ständestaat“ stellt sich vor

„Es gibt kaum ein Schlagwort, das den Leuten so sehr den Kopf verdreht hat, wie das von der berufshändischen Idee.“
(Gen. Dr. Czech auf der Karlsbader Kreisversammlung.)

Herr Dollfuß der neueste Platzvertreter der berufshändischen Idee hat in einer Radiorede, die er im November vorigen Jahres hielt, mit drei Monate ehe er die Reden sprechen ließ, erklärt: „Es muß wieder so werden wie es früher einmal war, als der Meister mit seinen Gefellen sowie der Bauer mit seinen Knechten friedlich wie eine Familie am gleichen Tisch saß und aus der gleichen Schüssel aß“.

Die österreichischen Arbeiter haben sich damals recht plastisch vorgestellt, wie etwa Herr Apold, der Generaldirektor der Alpinen Montangesellschaft, mit seinen sechstausend Arbeitern aus der gleichen Schüssel essen würde, aber selbst die lockende Aussicht auf solche Tischgenossenschaft hat sie nicht genügend überzeugt. Als Herr Dollfuß sah, daß es doch recht schwer ist, mit Hilfe von Radioreden allein Arbeiter in das Paradies des hundertprozentigen Ständestaates zu führen, holte er drei Monate später seine Reden und Raschlingengerichte zuzuführen. Der sich den Kopf nicht von Dollfuß' Schlagworten verdrehen ließ, dem wurde er von Dollfuß' Kartärschen eingedroschen. Der neueste Ständestaat war geboren. 1500 Arbeiter freilich mußten schon in seinen ersten Stunden den verprochenen Platz an der gemeinsamen Schüssel des Herrn Generaldirektors mit dem Massengrab vertauschen.

Und die, die das Grauen der Geburt des neuesten „Arbeiterparadieses“ überleben durften?

Zwei Monate Ständestaat: 35.000 österreichische Arbeiter sind in diesen zwei Monaten entlassen worden. Die Glücklichen unter ihnen, denen nicht wegen „politischer Verdächtigkeit“ die Arbeitslosenunterstützung entzogen wurde, dürfen jetzt bei zwölf Schilling wöchentlich mit Weib und Kind vergebens auf die versprochene Einladung zum Mittagstisch des Herrn Generaldirektors warten.

Zwei Monate Ständestaat: von den „un-erträglichsten“, „wirtschaftszerstörenden“ Steuern des roten Wien ist nicht eine einzige gestrichen oder auch nur ermäßigt worden. Nur einen Unterschied gibt es: die Bauarbeiten, die das rote Wien für diese Steuern machen ließ, sind eingestellt worden, tausende Arbeiter, die sonst in diesen Frühlingswochen Arbeit auf den Bauplätzen der Gemeinde Wien gefunden haben, bleiben jetzt brotlos, ausgesteuert, erleben mit knurrendem Magen das Morgenrot des ständischen Paradieses.

Um ganz bei der Wahrheit zu bleiben: eine Abgabe ist doch getrichen worden — der Unternehmerbeitrag zur Fürsorgeabgabe! An Stelle des Unternehmerbeitrages wird jetzt auf Grund der neuen Rotverordnung eine indirekte Warensteuer eingehoben. Den Unternehmern wurde jeder Beitrag zur sozialen Fürsorge erlassen, anstatt dessen müssen die Arbeiterfrauen und die Arbeitslosen für jedes Stück Brot, für jede Schale Kaffee, für jeden Strumpf die doppelte Warenumsatzsteuer zahlen. Der erste Schritt zur „gemeinsamen Schüssel“ sieht so aus, daß die der Fabrikschergen noch reichlicher bedacht und von der der Arbeiter noch ein Wissen weggeschnappt wird.

Gerade das neue Österreich ist für alle jene, die sich von dem berufshändischen Schlagwort den Kopf verdrehen lassen, ein lehrreiches Beispiel, das von Woche zu Woche lehrreicher wird. Die ständischen Leinruten sind ja keine Erfindung des Herrn Dollfuß, schon Mussolini hat sie mit seinen „Korporationen“ ausgelegt, auch Hitler hat sie nicht verschmäht und die Kirche hat sie sehr geschickt in ihrer Arbeiter-

Engkliffa verwendet. Aber Mussolinis und Hitlers Politik ist und war dadurch bestimmt, daß immerhin große Massen, von ihrer Demagogie verblendet, ihnen Gefolgschaft leisten. Die Rückficht auf diese Massen zwingt diese „Führer“ die soziale Farnung nicht mit einem Mal fallen zu lassen, diese Massen gewähren ihnen aber auch vorläufig noch ein gewisses Rückgrat gegen alle stürmische Unternehmungsforderungen, die den Herrn „Führern“ noch nicht in den Kram passen. Bei Dollfuß, der seine Macht buchstäblich nur auf Kanonen gestützt antrat, liegen die Dinge merklich anders. Hier liegt, vielleicht zum erstenmal in der Geschichte, die Klassenstruktur des Faschismus nackt vor den Augen aller, die sehen können und wollen. Dollfuß, der Diktator ohne Anhänger, muß mit schamloser Offenheit seine Rückendeckung in dem Lager derer suchen, deren Geschäft er vertritt: im Industriellenverband. Das Bild, das in Deutschland nur dem politisch Geschulten ganz deutlich und verständlich wird, hebt sich in Oesterreich mit aller wünschenswerten Klarheit für jedermann ab: hinter dem Diktator stehen als Diktatoren des Diktators die Fabrikherren.

Die Festsüre der amtlichen „Wiener Zeitung“ des neuesten Ständestaates ist in diesen Wochen eine dankbare und lehrreiche Beschäftigung. Die Unternehmer, die sehr gut verstehen, wie die Sache mit der gemeinsamen Schlüssel gemeint ist, lassen fast keinen Tag vergehen, ohne der Regierung lange Wunschlisten mit den „vordringlichsten“ Forderungen zu überreichen. Alle Gespenster der Vergangenheit werden hier mit einem Schlag lebendig: der Industriellenverband verlangt Abschaffung des Achtstundentages, Aufhebung der Ueberstundenbezahlung, „rigoroseres Vorgehen“ bei der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung, der Hausbesitzerverband verlangt Aufhebung jeder Mietzinsbeschränkung und die sofortige Einstellung aller öffentlichen Bautätigkeit. Nur nach dem friedlichen Zusammenstimmigen an der gemeinsamen Schlüssel hat bisher kein Unternehmer verlangt.

Die Aufhebung des Unternehmerbeitrages zur Fürsorgeabgabe und die Einstellung der öffentlichen Bautätigkeit hat Herr Dollfuß bereits gehorlich apportiert, die Erhöhung der Arbeitszeit beschäftigt seit einer Woche den österreichischen Ministerrat, und die nächsten Wochen und Monate werden jedem aufmerksamen Beobachter beweisen, daß Dollfuß auch für die übrigen Forderungen seiner wahren Brotherrn ein geneigtes Ohr hat.

So sieht ein „Ständestaat“ ungeheimlich aus! Jetzt merkt langsam auch der Dummste, was mit dem „ständischen Klassenfrieden“, der mit Kanonendonner angebrochen ist, gemeint ist: der „Stand“ der Fabrikherren diktiert und der „Stand“ der Proleten hat „friedlich“ zu kuscheln und zu hungern. Ein Ständestaat stellt sich vor.

Große Not in den Dörfern des Altvatergebirges

Nicht nur im Erz- und Riesengebirge gibt es Hungergemeinden, sondern auch in den Gemeinden am Fuße des Altvatergebirges herrscht seit Jahren großes Elend, weil die Bevölkerung dieser Dörfer in der Hauptsache aus Kleinbauern zusammengefaßt ist, deren Boden reich an Steinen, aber arm im Ertrag ist. Neben der Feldarbeit suchen die Kleinbauern und die Mieter bei den Kleinbauern Arbeit im Walde, als Handwerker und Bauarbeiter. Derzeit aber ist es fast unmöglich, für die Menschen des Altvatergebirges, irgendwie und irgendwo Arbeit und Verdienst zu finden und die letzte Hoffnung auf Besserung der Arbeitsverhältnisse ist infolge der geringen Aussichten auf dem Baumarkt geschwunden. Bauarbeiter werden nirgends gefordert und eingestellt. Es bleibt lediglich noch die Aussicht auf die Durchführung

öffentlicher Arbeiten. Da wartet man vor allem auf den Bau der Verbindungsstraße zwischen den Gemeinden Kirchberg und Ober-Sillersdorf, der seit langer Zeit geplant ist. Da gibt es eine Reihe anderer nicht minder wichtiger Straßenbauten, die einestseits dem Straßenland des Gebietes ein Ende machen und zum andern auch Arbeit und Brot schaffen würden. Man sagt, daß viele Arbeiten zwar projektiert seien, aber noch nicht in Angriff genommen werden, weil man an zuständiger Stelle zu wenig Verständnis für die Verkehrobsnotwendigkeiten und die Wirtschaft dieses Gebietes habe. Es ist aber hoch an der Zeit, dieses Interesse für die Hungerdörfer des Altvatergebirges zu wecken, um die Menschen vor der Verzweiflung zu schützen.

Eine kommunistische Riesen-Blamage

Die Hebe gegen Schrader zusammengebrochen.

„Die Welt von heute“ hatte vor einiger Zeit behauptet, Genosse Schrader, der die sozialdemokratische Emigrantenfürsorge betreut, habe etwa dreißig politische Emigranten um das Asylrecht gebracht. Das war eine Beschuldigung, die Schrader nicht nur als Sozialdemokrat, sondern als anständigen Menschen überhaupt gerichtet hätte; denn Emigranten um ihre Zuflucht zu bringen, das ist ungefähr die erbärmlichste Tat, die sich ein Mensch in der Funktion Schraders hätte leisten können.

Wir forderten denn auch sofort Beweise. Die „Welt von heute“ wand sich, versprach, mit den Beweisen, die sie in Hülle habe, herauszurücken, wiederholte ihre Beschuldigung und — schwiieg. Denn das, was sie als Beweis angeführt hatte, erwies sich als Unsinn, als ein jämmerlicher Versuch, Tatsachen in ihr Gegenteil zu verkehren. Nicht in einem einzigen Falle ist es der „Welt von heute“ gelungen, Schrader einen Verstoß gegen die Interessen der Emigranten nachzuweisen. Dagegen hat die infame Hebe des Kommunistenblattes die Emigranten selbst auf den Plan gerufen, die Schrader sehr viel verdanken. Sie nahmen eindeutig gegen den Versuch einer Diffamierung Schraders Stellung.

Nun liegt auch noch ein Schreiben des tschechoslowakischen Hilfskomitees für Flüchtlinge aus Deutschland vor. Das Hilfskomitee, eine Zusammenfassung aller Einzelkomitees, dem auch das Salzka-Komitee angehört, übermittelte dem Genossen Schrader folgenden Brief:

Coskoslovenský komitét pro pomoc emigrantům z Německa, v Praze V.

Praha, den 16. April 1934.

Sehr geehrter Herr Schrader!

In der letzten Sitzung unseres Komitees wurde über die Zeitungsangriffe gegen Ihre Person verhandelt. Sämtliche Vertreter der verschiedenen Komitees, welche im tschechoslowakischen Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus Deutschland vertreten sind, und welche Ihre opferfreudige und objektive Tätigkeit im Interesse aller Emigranten ohne Rücksicht auf ihre politische oder konfessionelle Zugehörigkeit kennen, verurteilen mit aller Entschiedenheit diese Angriffe.

Sie sprechen Ihnen den herzlichsten Dank für Ihre Arbeit aus und versichern Sie ihres unerschütterlichen Vertrauens.

Sie bitten Sie, in Ihrer beispielgebenden Tätigkeit für die Emigranten weiter fortzufahren. Sie haben nichts dagegen, wenn Sie diese Erklärung im Gebrauchsfalle benötigen.

Mit Hochachtung:
für das K. Komité

Dr. Jan Láwenbach, Vorstehender, m. v. M. Schmolka m. v.

Damit ist für uns der Fall erledigt. Die „Welt von heute“ aber ist durch den Brief des Hilfskomitees gebrandmarkt. Sie hat einen ehrenhaften Menschen einer verwerflichen Tat beschuldigt, ohne den geringsten Anhaltspunkt für ihre Behauptungen zu haben. Kurz: sie hat sich benommen, wie ein echtes Kommunistenblatt.

Aus dem Parlament

Praha, 18. April. Morgen tritt die parlamentarische Spar- und Kontrollkommission zur Wahl ihres Vorsitzenden zusammen. Der bisherige Vorsitzende, der tschechische Agrarier Doktor Cerny, mußte im Feber d. J. nach seiner Ernennung zum Innenminister diese Funktion niederlegen, da ein Minister nicht zugleich Mitglied der Sparkommission sein darf, die ja eine Kontrollfunktion auch über die Regierung ausübt. Als Vorsitzender ist von der Koalition der tschechische Agrarier Verau, der amtierende Vizevorsitzende der Partei, vorgeschlagen. In der Sitzung soll auch Finanzminister Dr. Trahl ein Exposé über die Entwicklung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Staates halten.

Für nächsten Dienstag, d. i. den 24. April um 3 Uhr nachmittags, ist auch das Parlament nach sechswöchiger Pause wieder zu einer Plenarsitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht das neue Hopfensteuergesetz, ein Zusatzprotokoll zum französischen Handelsvertrag, die Entschädigung der Mitglieder des Wahlgerichtes und der Senatsbeschlüsse auf Änderung der Bestimmungen über die Todesstrafe. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Klage des Kommunisten Dr. Steru gegen den Genossen Jalsch wegen des Zusammenstoßes in der Plenarsitzung vom 16. Feber.

Provinzkrankenhäuser sollen geschaffen werden!

Die Gesundheitskommission der Landesregierung für Böhmen fuhr bei ihrer am 18. April abgehaltenen Sitzung in der Beratung des Antrages R o v a l (Tschech. Sozialdem.) auf Schaffung zentraler großer Krankenhäuser in der Provinz fort. In der ersten Etappe sollen die Krankenhäuser in Jungbunzlau und Budweis ausgebaut werden. Dozent Genosse Dr. Gruschka wies auf die Bedeutung des Krankenhauses in R u s s i g hin und forderte die Verwirklichung dieses Krankenhauses in dem Plane des Ausbaues eines Netzes großer Krankenhäuser. In der Debatte zeigten fast alle Redner die Unhaltbarkeit des veralteten Krankenhausnetzes (aus dem Jahre 1888!) auf und forderten Beschleunigung in den Arbeiten zur Schaffung eines modernen Netzes über die Krankenanstalten. Die Kommission erklärte sich einmütig für die Schaffung eines Planmäßigen Netzes großer Provinzkrankenhäuser und deren etappenmäßige Durchführung.

Ein Antrag des Kommissionsmitgliedes Dr. Kobjel gab Anlaß zu einer Aussprache über die Tuberkuloseabteilungen in den allgemeinen Krankenhäusern. Doz. Dr. Gruschka stellte das Ersuchen, den Bericht der Gesundheitsabteilung der Landesbehörde über die Tuberkulosefürsorge an den Krankenhäusern durch folgende Daten zu ergänzen: Vorhandensein von Liegeplätzen, Verfügung von Röntgenapparaten, fachliche Qualifikation der leitenden Ärzte und Zimmergröße in den Tuberkuloseabteilungen. Erst nach Prüfung dieser Daten läßt sich halbwegs beurteilen, ob die Tuberkuloseabteilungen den modernen Anforderungen entsprechen können. Dr. Kobjel stellte den Antrag, daß den Geburtshelferinnen empfohlen werde, durch Schwangerschaftsberatung an der Tuberkulosebekämpfung durch C a m e l t e i m p f u n g mitzuwirken. Für die Durchführung der Galmteimpfung forderte Dr. Kobjel Bestimmung von Landesmitteln.

Statt 2 Monate — 1 Jahr Kerker

Brünn, 18. April. Am 7. Dezember des Vorjahres wurde vom Senat des Kreisgerichtes in Mattau der Geigenbauer Roland Mayer aus Schönbad wegen Verletzungen zur S. zu zwei Monaten Kerker verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, der das Oberste Gericht in Brünn heute stattgab und dem Verurteilten die Strafe auf ein Jahr Kerker und 1000 Kč Geldstrafe sowie auf fünf Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erhöhte.

Das Oberste Gericht hat weiter der Berufung des Staatsanwaltes stattgegeben und die vom Senat des Kreisgerichtes in Chrudim am 8. Jänner gegen den Anwalt Josef Ehrner wegen Verletzungen zur S. verhängte Strafe von sechs Monaten Kerker auf ein Jahr und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre erhöht.

Prince-Mord bleibt Rätsel

Paris, 18. April. Alle Spuren in der Mordangelegenheit des Obergerichtsrates Prince haben sich als falsch herausgestellt, insbesondere die Erzählung über die Erschießung des Mörders Prince, so daß also zwei Monate nach der Tat die Polizei vor einem gleich schwierigen Rätsel steht, wie zu Anfang.

N. M. de Jong: Verschlungene Pfade Ein Roman in vier Episoden

Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen von E. R. Fuchs.

„Nein, ihr habt wohlweislich das Volk nicht zuviel davon gelehrt. Das war nur die Kost für die oberen Klassen. Das Volk durfte nur für eure schöne Staatskunst bezahlen, bezahlen mit Geld, Arbeit und Blut. Es ist noch nicht reif, euer Volk, und sicher nicht mit einem Schlage klug geworden und ein Vorbild aller Tugenden. Doch wir werden es nicht dummern bleiben lassen und klein und geistlos, sondern es erziehen zu einem freien, stolzen, kulturell entwickelten Volk, das mit geschärfter Urteilskraft selbst bestimmen darf, wie und durch wen es regiert werden will. . . ein Volk, das nicht kriecht, sondern aufrecht geht, das sich nur dem überlegenen Geiste beugen soll. . . ein Volk, das im vollen Sonnenlicht stehen und so glücklich sein soll, als es auf Erden möglich ist.“

Der König lachte bitter.

„Erzieht das Volk schnell zu intellektuellen Vielwissern, geht ihm volle Freiheit. . . und es wird euch von eurem Volk hinweggehen.“

„Möglich, daß wir unserer Aufgabe nicht gewachsen sind. . . aber eines ist vollkommen gewiß: es wird euch nicht zurückrufen.“

„Das Volk ist allezeit unserem Hause angehangen! Tausendmal hat es mir zugejauchzt in stürmischer Begeisterung, im ganzen Land.“

„Zuwohl. . . und befohlene, zurechtgemachte Schuldigungen veranstaltet, gejohlt, geschrien, es hat getanzt, gelassen und geschweimgelt an nationalen Festtagen, toll gemacht von Festkomitees und Zeitungsredaktionen. Das Volk will auch ab und zu feiern, sogar zu deiner Ehre. Das Fest

habt ihr geendet durch Krieg und Verderben. . . und das hat es zufällig noch nicht vergessen. Wenn wir dich in vollem Königsornat in offenem Wagen in die Stadt geführt hätten, hätten wir uns eine peinliche Hinrichtung erspart.“

„Glaubst du?“

„Ich weiß das so bestimmt, daß ich Befehl erteilt habe, dich auf einem ganz anderen als den beknäuelten Weg zu führen. Du wärest geliebt worden.“

„Aun ja. . . von deinen Anhängern.“

„Vielleicht von den Verstummelten aus eurem ruhmreichen Krieg — vielleicht von den Witwen und Waisen der Gefallenen. . . vielleicht von den Frauen, die unheilbar angekratzt wurden mit schmutzigen Krankeiten, die eure zutückgekehrten Helden aus den Lagerbordellen mitgebracht. Das Land wimmelt von Menschen, die glauben, daß sie gegen dich persönliche todeswürdige Beschwerden haben. . . und da du nun nicht mehr von einer ganzen Staatsmaschine und einer halb mythischen Ehrfurcht beschützt wirst, hätte es schnell mit dir abgerechnet.“

„Verheerter Pöbel.“

„Verhebt durch eure Regierungsmethoden.“

„Nicht durch eure aufstossenden Reden?“

„Wir haben nur eure Regierungsmethoden demaskiert und das Unrecht aufgezeigt.“

„Ahr tut kein Unrecht?“

„Das möchte ich nicht ganz beschwören. Doch bewußt und vorsätzlich. . . nein!“

„Wir taten bewußt und vorsätzlich Unrecht?“

„Diejenigen unter euch, die denken konnten, ja. Nur die Stumpfsinnigen taten es unbewußt. Es wurde genug an euren Verstand und euer Herz gerührt. Aber ihr öffnetet nicht. Ihr nahmt von jenen, die nichts hatten, und gabt denen, die in Ueberfluß lebten. Ihr unterdrücktet die Schwachen und respektiert die Starken. Ihr stiebt die rechtlich Sprechenden in dunkle, stinkende Löcher und ihr ehret die Unredlichen mit Auszeichnungen

gen und Vermögen. Ja, ihr, euer Staat, eure Gesellschaft, ihr tattet bewußt und vorsätzlich Unrecht. Und da ihr für Vernunftgründe nicht empfänglich schient, müßt ihr über den Haufen gerannt werden, erniedrigt, ausgerottet. Und weil du ein Symbol des Alten bist und für das Neue immer eine Gefahr bedeuten wirst, weil du allüberall die reaktionären Kräfte um dich sammelst und unaufhörlich unserem friedlichen inneren Werk eine Drohung sein wirst, müßt du zum Besten der Jugend und der Zukunft sterben, und deshalb würde ich dich nicht reiten, selbst wenn ich es vermöchte.“

„Ich hätte daselbe auch dir sagen können, damals, als du den Tod erwartetest.“

„Das hättest du. Ich würde dir widersprechen haben, aber ich hätte doch verstanden, daß du von deinem Standpunkt aus recht hättest, wenn du auch von einem moralischen und höheren aus in größlichem Unrecht gewesen wärest. Du erinnerst dich ja, daß ich dich nicht um mein Leben gebeten habe. Ich wußte, daß ich es gegen die herrschende Staatsgewalt verwickelt hatte, und war bereit, zu zahlen.“

Grüblerisch betrachtete ihn der König, dachte nach und seufzte schwer.

„Ja,“ sagte er dann in verändertem Ton, „ja, ich erinnere mich. . . du warst wunderbar ruhig. . . unbefähigbar ergeben. . . ich habe oft darüber nachgedacht und es nie begriffen. Und jetzt begreife ich es weniger denn je.“

Er wandte sich ab und starrte durch das Fenster in den mondähnlichen Nachthimmel, in dem ein kleiner, blauer Stern freundlich leuchtete. . .

Allmählich wurde ihr Blick sanft und Peter sprach: „Kannst du dich nicht fügen?“

Traurig schüttelte der andere den Kopf.

„Nein,“ sagte er. „Ich kann mich nicht fügen. . . noch immer nicht. . . ich fühle es als Unrecht. . .“

Peter lächelte milde.

„Aber darum dreht sich die Frage ja nicht. Als ich den Tod erwartete, fühlte ich es ebenso als Unrecht. Ich wußte, daß ich für eine rechtsschaffene Sache gekämpft und daß ich dafür durch die Gewalt des Unrechts büßen müßte. Ich hatte mein Werk getan und ehrlich erfüllt, alles gegeben, was ich konnte. . . deshalb war ich bereit, ohne Murren zu sterben. Ich war überzeugt, daß unsere Sache siegen werde, auch wenn ich nicht mehr für sie arbeiten konnte. Darum konnte ich mich in das Unrecht fügen, das mir persönlich angetan wurde. Das bedeutete so wenig gegenüber dem Recht, das hartnäckig rang und siegen mußte.“

Lange saun der König mit gebeugtem Haupte nach:

Dann sagte er:

„Vielleicht ist es das. Ich habe mich geängstigt für meine, für unsere Sache. Mir fehlt dem Vertrauen in das, was ich als Recht betrachte. Ihr seid so stark. . . oh, ihr seid innerlich beinahe übermenschlich stark. Ich will dir nur gestehen, daß ich darüber oft sprachlos war. Nichts konnte euch brechen. Wenn ihr zehnmal niedergeschlagen würdet, standet ihr zehnmal ungebrochen wieder auf. Es liegt etwas Furchtbares in eurer unerschrockenen Kraft. Oft und oft war ich deshalb nutzlos und mandamul auch so zornig, daß ich alle Bestimmung verlor und Maßregeln erzwang, um wie ein Nero gegen euch zu wüten und solchen Schrecken zu säen, daß selbst das härteste Herz erzittern mußte.“

(Fortsetzung folgt.)

Proteststreik in Esbjerg

Kopenhagen, 18. April. Nach Wiederaufnahme der Arbeit durch die Hafenarbeiter in Halsberg und Esbjerg konnte eine Reihe von Dampfzügen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach England abgefertigt werden.

Während sonst überall Ruhe herrscht, ist die Lage in Esbjerg, wo das scharfe Vorgehen der Polizei, besonders der Verstärkungen aus Kopenhagen, gegen die Demonstranten am Montag große Unzufriedenheit hervorgerufen hat, sehr gespannt. Im Zusammenhang mit den Zusammenstößen beschloßen die Gewerkschaften, am Nachmittag die Arbeit niederzuliegen, was zur Folge hatte, daß am Nachmittag in sämtlichen Betrieben der Stadt die Arbeit ruhte. An einer Protestversammlung nahmen annähernd zehntausend Personen teil. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache, in der er die Arbeiter zur Besonnenheit ermahnte und die Annahme einer Entschließung empfahl, in der das Vorgehen der Polizei scharf verurteilt und verlangt wird, daß die auswärtigen Polizeibeamten sich nur im Hafen aufhalten dürfen.

Kopenhagen, 18. April. Wie aus Esbjerg gemeldet wird, ist der gestern in einer Massenversammlung beschlossene 24stündige Generalstreik in fast sämtlichen Privatbetrieben als Protest gegen das Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten heute morgens in Kraft getreten, nachdem der Polizeimeister die geforderte Abschiebung der auswärtigen Polizeibeamten sowie den Erlaß sämtlicher im Zusammenhang mit den Ausschreitungen der letzten Tage verhängten Strafen abgelehnt hat.

Kopenhagen, 18. April. In Kopenhagen kam es Mittwoch abends zu ersten Unruhen. In einem im Osten der Stadt gelegenen Park veranstaltete die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ trotz polizeilichem Verbot eine Kundgebung, zu der sich etwa 4000 Menschen eingefunden hatten. Nach der Kundgebung trafen sechs Überfallkommandos sowie berittene Polizei ein, die die Menge zerstreuten. Bei den Zusammenstößen wurde der Führer der berittenen Polizei, sowie ein zweiter Reiter durch zwei Schüsse am Kopfe schwer verletzt. Einer der beiden Beamten stürzte bewußtlos vom Pferde.

Arbeitslosenunterstützung im Dritten Reich

(Sopade.) Die Unterstützung der Arbeitslosen in Deutschland geschieht in drei Formen: Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenfürsorge und Wohlfahrtspflege der Gemeinden. Ein kleiner Teil der Arbeitslosen erhält keine Unterstützung. Dieser Teil betrug früher etwa 10 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Inzwischen ist er, wie aus am 11. d. h. Angaben ersichtlich ist, auf 23 Prozent gestiegen:

Gesamtzahl der Unterstützten in Tausenden:	
Febr. 1932	6.128
Jänner 1933	6.014
März 1933	5.590
Dezember 1933	4.058
März 1934	2.709
Gesamtzahl d. Nichtunterstützten in Tausenden:	
Febr. 1932	608
Jänner 1933	772
März 1933	1.033
Dezember 1933	919
März 1934	654

Die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen hat also seit Jänner 1933 erschreckend zugenommen. Schon im März 1933, nach zwei Monaten, gab es über eine Million nichtunterstützte Arbeitslose, rund doppelt so viel wie in den Jahren vorher, im Dezember 1933 waren es über 900.000, obgleich in der Zwischenzeit die Gesamtzahl der Arbeitslosen angeblich um anderthalb Millionen gesunken ist. Noch eindringlicher wirken die Prozentzahlen: der Anteil der nichtunterstützten Arbeitslosen ist von 10 Prozent bis auf 24 Prozent im November 1933 gestiegen und schwankt seitdem zwischen 20 und 23 Prozent.

Diese Zahlen bedeuten, daß man allen Arbeitslosen, die über ein paar Pfennige Einkommen verfügen, gänzlich die Unterstützung genommen hat.

Aber diese Zahlen bedeuten zugleich, daß das Regime — ungeachtet der Herabsetzung der Unterstützungen — allein durch diese Maßnahmen jährlich rund 200 Millionen einspart und „höheren Zwecken“ zuführt; denn der Gemeinnutz der Rüstungsindustrie geht vor den Eigenmut hungriger Arbeitsloser.

Gegenbesuch Barthous in Bukarest

Bukarest, 18. April. Wie im Anschluß an die Unterredung des rumänischen Außenministers Titulescu mit dem französischen Außenminister verkantet, hat sich Barthou nunmehr endgültig entschlossen, diesen Besuch zu erwidern und sich demnächst nach Bukarest zu begeben. Die Bukarestreise Barthous wird jedoch erst nach der Rückkehr des Außenministers aus Warschau und Prag stattfinden.

Frankreichs Antwort auf die Abrüstungsnote Englands

Deutschland macht Verhandlungen unmöglich

Paris, 18. April. Heute abend wurde der Text der französischen Antwort auf die britische Abrüstungsnote vom 28. März veröffentlicht. Die Note der französischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

In ihrer Verbalnote vom 28. März, die durch die Mitteilung des Staatssekretärs für Äußeres vom 10. April ergänzt wurde, ersuchte die Regierung Großbritanniens die Regierung der Französischen Republik, ihr bekanntzugeben, ob sie bereit sei, das britische Memorandum vom 29. Jänner mit den betreffenden Änderungen entsprechend den deutschen Vorschlägen, welche der Lord-Siegelbewahrer Eden am 1. März der französischen Regierung mitteilte, als Grundlage der einer Abrüstungskonvention anzunehmen. Nun hat am dem Tage, an dem der englische Botschafter diese Demarche bei der französischen Regierung unternahm, der Reichsminister in Berlin, das von der Reichsregierung am 22. März für das Finanzjahr 1933/34 angenommene Budget veröffentlicht. Durch die Prüfung dieses Budgets kann einwandfrei festgestellt werden, daß das deutsche Reichswehrministerium, das Marineministerium und das Luftfahrtministerium ihre Ausgaben um 352 Millionen RM erhöhen können. Die Regierung Großbritanniens war sich ebenso wie die französische Regierung der Wichtigkeit dieser Erhöhung der deutschen Militärausgaben bewußt und hat den Ernst der Tatsache durch eine Intervention ihres Botschafters in Berlin beim deutschen Reichsaußenminister unterstrichen. Die Aufklärung, die der britische Botschafter erhielt, ist eher eine Bestätigung, denn eine Rechtfertigung. Die deutsche Regierung will tatsächlich, ohne die Ergebnisse der aufgenommenen Verhandlungen abzuwarten, ihren Entschluß aufzwingen, ihre Aufrüstung in jeder Form fortzusetzen, und zwar in dem Ausmaß, das sie allein bestimmen zu können behauptet und unter Mißachtung der Bestimmungen des Friedensvertrages, der, solange keine andere Konvention abgeschlossen sein wird, für den deutschen Rüstungsstand maßgebend bleibt. Die Reichsregierung will sofort in einem großen Ausmaß nicht nur die Stärke ihres Heeres, sondern auch die ihrer Marine und ihres Flugwesens erhöhen. In letzterer Hinsicht können die Nachbar-

staaten Deutschlands die ihnen drohende Gefahr um so weniger außer Acht lassen, als in der letzten Zeit — immer im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages — in der entmilitarisierten Zone zahlreiche Flugplätze angelegt worden sind. Außerdem will die deutsche Regierung die halb-militärischen Organisationen nicht nur nicht beseitigen oder rein zivilen Zwecken zuführen, sondern sie ist bestrebt, sie zu vervollkommen und Kriegszwecken anzupassen. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, nur die anderen Haushaltspläne, die mit der nationalen Verteidigung nichts zu tun haben, zu lesen.

Welche Auslegung man allemal auch zu geben vermag, erfordern diese außerordentlich ernstesten Tatsachen eine gemeinsame Feststellung und Schlussfolgerung.

Sie beweisen, daß die Reichsregierung — absichtlich oder nicht — Verhandlungen, deren Grundlage durch ihre Initiative zunächst gemacht wurde, unmöglich gemacht hat. Diese Feststellung diktiert der französischen Republik ihre Pflicht und ihre Antwort. Vor jeder Feststellung, ob eine Einigung möglich ist über ein System von Ausführgarantien, das wirksam genug wäre, um die Unterzeichnung eines Abkommens zu erlauben, das die bedeutende Aufrüstung Deutschlands legalisieren würde, muß Frankreich in erster Linie die Bedingungen seiner eigenen Sicherheit in Betracht ziehen, von denen es übrigens die Sicherheit der übrigen in Frage kommenden Mächte nicht trennt.

Erneut bekräftigt die französische Regierung ihre Erfahrungen aus dem letzten Kriege, denen Frankreich mehr als jedes andere Land erfahren habe. Frankreich sei für die Freundschaft der englischen Regierung dankbar, die mit ihm ein wirksames System, durch das die Ausführung eines Abrüstungsabkommens mit Garantien ermöglicht werden könnte, habe ausfindig machen wollen. „Frankreich bedauert, daß eine von auswärts kommende Initiative plötzlich die von beiden Ländern mit ehrlichem, gutem Willen geführten Verhandlungen zwecklos gemacht hat. Es wird Sache der Abrüstungskonferenz sein, ihr Werk wieder aufzunehmen.“

Schacht verteidigt seinen letzten Devisenvorrat:

Ausfuhrverbot für Mark-Banknoten

Herabsetzung der Freigrenze im Reiseverkehr von 200 auf 50 Mark

Berlin, 18. April. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat folgende neue Anordnungen für den Reiseverkehr nach dem Ausland getroffen:

Bis zum 30. April 1934 bleiben die bisherigen Vorschriften mit der Einschränkung unverändert, daß

die Ueberbringung oder Verwendung von Reichsmarknoten in das Ausland verboten ist. Es können also ohne Devisengenehmigung bis zu 200 Mark für jede Person in deutschem Gargeld, ausländischen Noten, Reichsdollars, Kreditbriefen, Schecks usw. für Reisezwecke während des Monats April 1934 in das Ausland gebracht oder nachgeschickt werden.

Mit Wirkung vom 1. Mai 1934 wird der Freigrenzbetrag auf 50 Mark herabgesetzt; auch diese dürfen weder in Form von Reichsmarknoten noch in inländischen Goldmünzen in das Ausland überbracht werden.

Zuländer können ohne Genehmigung nur Reichsdollars, Kreditbriefe oder Hotelgutscheine bis zu weiteren 150 Mark innerhalb eines Kalendermonats gegen Eintragung in ihren Reisepaß erwerben und in das Ausland überbringen oder sich nachsenden lassen. Die abgehobenen Beträge dürfen

nur für den Lebensunterhalt während der Reise Verwendung finden.

Von der Möglichkeit einer Ueberbringung des Gegenwertes weiterer 150 Mark für Reisezwecke kann nur für drei Monate innerhalb eines Kalenderjahres Gebrauch gemacht werden.

Durch diese Maßnahmen will die Reichsregierung, bzw. die Reichsbank, offenbar verhindern, daß sich die Wertverminderung der Reichsmark, die sich bei den verschiedenen „Sperrmark“, „Registriermark“ usw. schon empfindlich bemerkbar macht, nun auch auf die im Ausland kursierenden Mark-Banknoten überträgt. Bisher hat die Reichsbank die Mark-Banknoten auf den fremden Plätzen aufgekauft, um den Markkurs wenigstens nominell aufrecht zu erhalten. Jetzt, wo sie ihre reichlichen Devisen für den Ankauf von Rohstoffen für die Kriegsrüstungen aufsparen muß, sucht sie durch das Verbot der Ausfuhr von Mark-Banknoten zu helfen. Wer im Ausland das deutsche Gargeld annehmen will, bzw. zu welchem Kurs dies gehandelt werden wird, das tangiert die Reichsbank schon weniger, weil Hartgeld ja als Scheidemünze behandelt wird.

Ein Einarmiger im Konzentrationslager

(Sopade.) Die Nachthaber Deutschlands behaupten, daß sie die Schutzhaft gemildert haben. Das ist unklar. Seit Juni 1933 befindet sich der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Schumacher in Haft. Schumacher war sieben Monate im Konzentrationslager Heuberg. Als das Lager geräumt wurde, kam er auf die Festung Ulm. Seine Zelle ist völlig dunkel. Kein Tageslicht dringt in sie. Schumacher und die übrigen Verhafteten leiden entsetzlich. Schumacher ist Kriegsinvalid. Er besitzt nur einen Arm. Als er im Juni verhaftet wurde, wollten ihn die Nationalsozialisten, deren Todfeindschaft er sich durch sein mutiges Verhalten gezeigt hatte, im Triumphzug durch Stuttgart führen. Termin und Weg waren schon angekündigt, als die Reichswehr diese Diffamie-

zung eines Kriegsoffiziers verhinderte, da sie üble Wirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung befürchtete. Aber nach elf Monaten hält das Dritte Reich einen Einarmigen in Dunkelhaft, dem man nichts anderes vorzuziehen vermag, als daß er ein unerhörterer Gegner dieses Systems ist.

Siebzehnjährige gebrandmarkt

Berlin, 18. April. Das Staatspreffeamt in Darmstadt gibt bekannt: Der 27jährige jüdische Kaufmann Williendorf aus Ober-Ramstadt wurde zum Schutze seiner eigenen Person am 11. April dem Staatspolizeigefängnis zugeführt, weil er mit der 17jährigen Deutschen Emma Katharina Rehr aus Ober-Ramstadt geschlechtlich verkehrt hatte. Der Name der Rehr wird deshalb veröffentlicht, weil sie dem Begehren des Juden keinerlei Widerstand entgegengesetzt und damit ihre Pflichtvergessenheit gegenüber ihrer Rasse zum Ausdruck brachte.

Heimatschützer gegen schwarze Gauner

Wir veröffentlichten vor wenigen Tagen ein Dokument, das auf den innerhalb des österreichischen Regierungslagers herrschenden Zwiespalt aufmerksam macht; es handelte sich um einen wüsten Angriff der Dollfußler gegen Starheimberg.

Die Heimatschützer sind aber von den schwarzen Bundesgenossen auch nicht entzückt und haben ihrerseits ein Flugblatt hinausgegeben, das sich mit den Dollfußlern ziemlich „kritisch“ auseinandersetzt. Es hat folgenden Wortlaut:

„Heimatschützer! Kameraden!

Wütige Tage liegen hinter uns, der Marxismus liegt am Boden, seine rote Armee ist vernichtet. Euch Heimatschützer, Euch Kameraden von der grünweißen Front dankt Oesterreich diese Tat. In Reich und Glied mit unseren Gefinnungsfreunden stehen wir heute an den Gräbern unserer Toten und schwören gemeinsam unser Banner auf allen Wäldern Oesterreichs hochzu ziehen. Wir werden unser Vaterland in Zukunft neu gestalten und niemanden mit dieser Aufgabe betrauen lassen. Wenn auch die jetzigen „Herren“ glauben, ewig auf ihren erschlichenen Posten zu stehen, wir werden die Fröndenzjäger schon herunterholen. Oesterreich verzichtet auf die Mitarbeit der schwarzen und jüdischen Gauner, dafür kämpfen wir nicht, dafür sterben nicht unsere Kameraden. Im Faschismus allein liegt die Wiedergeburt unserer Heimat, nicht in den Zümpfen der vaterländischen und ähnlichen Fronten. Kameraden vom Heimatschutz, die Tage des jetzigen Systems sind nur mehr gezählt, haltet Euch bereit, wenn es gilt, den Endsieg um unsere teure Heimat zu erkämpfen.

Heil Oesterreich! Die Heimatschutzführung.“

Für den Verlag und den Inhalt zeichnet als verantwortlich ein gewisser Dr. Karl P. z. n. r. Der Ton und der Inhalt des Flugblattes erklären wohl die Tatsache, daß sich Dollfuß mit seinen Bundesgenossen alle vierzehn Tage aufs neue in brüderlicher Kameradschaft finden muß. Die Heimatschützer sind als Verbrecher gebrandmarkt; die Dollfußfacisten und ihre jüdischen Helfer werden jetzt als Gauner entthüllt. Wo sind also die anständigen Menschen in Oesterreich? Sie sitzen in den Kerlern.

Macht Gauner regierungsfähig!

Im deutschen Rundfunk wurde dieser Tage ein Brief vorgelesen, den der steirische Landesführer der Heimwehren, ein gewisser Berger Walded, an den Vizelandesführer Hen gerichtet hat. In diesem Brief macht der steirische Landesführer darauf aufmerksam, daß die beabsichtigte Einstellung der Heimatschützer in den Staatsdienst infolge der vielen Vorstrafen der Heimatschützer des öfteren auf Schwierigkeiten stößt. Jen möge deshalb veranlassen, daß eine allgem. m. e. n. e. s. t. i. e für die Heimwehrlente erlassen wird.

Selbstverständlich handelt es sich bei den Vorstrafen der Heimwehrlente nicht um Strafen für politische Delikte, sondern um solche für gemeine Verbrechen. Nur Verbrecher waren ja für die Tätigkeit in der Heimwehr qualifiziert. Der Ruf des Führers nach einem reinen Heimd für seine Untergebenen ist also sehr verständlich.

Sie werden es kriegen. Aber der Schmutz wird immer durchscheinen. Man kann zwar Gauner regierungsfähig machen, aber man kann nichts davon ändern, daß sie Gauner bleiben. Den Beweis liefern die, die den Brief an Hen veranlassen und die, die ihn im deutschen Rundfunk verlesen ließen.

Wettstreit um ein Kompensationsgeschäft

Sofia, 18. April. Wegen der großen Kompensationsgeschäfte in Höhe von 150 Millionen Levas sind insgesamt 18 Angebote von tschechoslowakischen, deutschen, österreichischen, englischen, französischen, schweizerischen, holländischen, polnischen und ungarischen Firmen eingegangen. Die deutsche Gruppe, hinter der das Reichswirtschaftsministerium steht, ist zum Anlauf des gesamten alten Tabaks, d. i. von 4.5 Millionen Kilogramm bereit. Die österreichische Tabakregie will 1.5 Millionen Kilogramm zu einem Durchschnittspreis von 72 Leva pro 1 Kilogramm abnehmen. Die tschechoslowakische Firmen, insgesamt 10, treten einheitlich auf, wobei als Bevollmächtigter die hiesige Gesellschaft fungiert. Die Tabalmenge, welche die tschechoslowakische Tabakregie anlaufen wird, wird von der Höhe der den tschechoslowakischen Firmen im Kompensationswege gelieferten Tabakquantum abhängen.

Pensionen für Mitglieder der Mandschu-Dynastie gesperrt

Schanghai, 18. April. Die chinesische Regierung hat beschlossen, den Mitgliedern der mandschurischen kaiserlichen Dynastie vorzuschlagen, China zu verlassen, falls sie sich zu dem mandschurischen Kaiser Puhi bekennen; außerdem hat die chinesische Regierung die Pensionen für die Mitglieder der Dynastie gesperrt.

Entsetzliche Verzweiflungstat eines Arbeitslosen

Seine zwei Buben erschlagen — sich selbst gerichtet

Dresden, 18. April. Am Dienstag gegen 23 Uhr hat der 36 Jahre alte Gutmachergeselle Görner, der seit drei Jahren erwerbslos ist und vor einem halben Jahr seine Frau durch den Tod verloren hat, nach einem vorausgegangenen Wortwechsel mit seiner Frau seine acht- bzw. sechsjährigen Söhne Manfred und Harry, die schlafend im Bett lagten, mit einem Beil erschlagen. Görner tötete sich dann durch einen Schuss in die rechte Schläfe.

Tagesneuigkeiten

Höhepunkt der Hitzewelle

Heute Ablühlung?

Die Hitzewelle erreicht nunmehr ihren Höhepunkt. In Prag, Mitteleuropa und Böhmisches Sudetland betragen die Temperaturmaxima Dienstag über 29 Grad Celsius. In der letzten Nacht darauf hat es sich in den Gebirgsgegenden nicht mehr unter 5 Grad Celsius abgekühlt. In den Niederungen sanken die Temperaturen stellenweise einmal unter 15 Grad Celsius. Der Himmel in der Republik ist noch immer heiter. Vom Westen her bringt jedoch nach Mitteleuropa eine Wetterverschlechterung mit Ablühlung ein.

In Prag betrug die Temperatur gestern schon um 8 Uhr 17,7 Grad, der Mittag und Nachmittag brachte wieder solche Hitze wie an dem Vortage.

Wetterausichten für heute: Im Westen der Republik unbeständig. Schauer, lichter, zeitweise frischer Westwind.

Fliegertod in Eger

Bei einem militärischen Übungsflyg

Prag, 18. April. (Tsch. P.-B.) Heute um 15 Uhr kam es auf dem Flugplatz in Eger zu einem Fliegerunglück. Bei der Ausbildung in der Jagdfliegerschule vollführte der Frequentant der militärischen Akademie Karl Šon mit dem Flugzeug B 22—20 einen Übungsflyg. Kurz nach dem Start, in der ersten Schleife, überzog der Pilot den Apparat. In dieser Lage geriet die Maschine ins Trudeln und angesichts der geringen Höhe gelang es dem Piloten nicht mehr, das Flugzeug in die normale Lage zu bringen. Das Flugzeug stürzte in einer Schleife zu Boden und zertrümmerte. Der Pilot ist tot. Die Einzelheiten dieses Unfalles werden an Ort und Stelle von einer Kommission untersucht.

Mord um einen Hock und einen Hut ...

Die Tatarenkarpatorussischen Landstreicher.

Užhorod, 18. April. In einer tiefen Schlucht in der Nähe der Gemeinde Roznitsky (Bezirk Solove) wurde die Leiche des 17jährigen J. Mikulčak mit zerschmettertem Schädel gefunden. Dem Ermordeten fehlten Hock und Hut. Die Gendarmerie verhaftete den Landstreicher Jvan Jurik, der gestand, den Mord verübt zu haben, um sich des Hutes und Hocks zu bemächtigen. Er überfiel Mikulčak auf der Landstraße, zerschmetterte ihm mit einem Stein den Schädel, schleppte die Leiche in die Schlucht und beraubte sie.

Durch eine brennend weggeworfene Zigarette

großer Waldbrand bei Pardubitz.

Pardubitz, 18. April. Gestern nachmittags hatten Arbeiter auf einer Lichtung des Auerspergischen Tiergartens unweit der Gemeinde Slavice bei Rajaveth mit Waldarbeiten beschäftigt. Die Lichtung ist mit Gras bewachsen. Ein Arbeiter aus Evidnice warf während der Arbeit einen brennenden Zigarettenrest ins Gras. Das trockene Gras fing Feuer, das schnell auf allen Seiten um sich griff. Um halb 3 Uhr nachmittags wurde das selbige mit Wald bewachsene Gelände bis zum Fluß Chrudimka bei Tal „Arkantisa“ von dem Brand ergriffen. Das Feuer fand in dem durch die letzten heißen Tage vollkommen ausgebrannten Grasboden reiche Nahrung. Die Verbeigerufene Feuerwehre aus den Orten der Um-

gebung, die in einer Stärke von 11 Mannschaften zum Brandort kam, war infolge des Wasser mangels und des verhältnismäßig starken Südwindes fast machtlos. An den Lösch- und Eindämmungsarbeiten beteiligten sich 600 Personen. In den späten Abendstunden gelang es, des Feueres Herr zu werden. Heber Nacht wurden Brandwachen im Walde aufgestellt, um ein Wiederaufflammen des Waldbrandes zu verhindern. Die Gendarmerie aus Rajaveth, die die Angelegenheit untersucht, hat den schuldtragenden Arbeiter verhaftet. Das zerschnittene Waldgebiet bedeckt eine Fläche von 6 bis 7 Hektar.

Selbstmordversuch wegen einer schlechten Klassennote

Der 14 Jahre alte Schüler der dritten Klasse des Prager tschechischen Gymnasiums, Vladimír Jpěvacek, ein Sohn des Oberschul Lehrers an der tschechischen Schule in Kenedorf a. d. Welta, brachte sich am Dienstag im Klassenzimmer eine schwere Schnittverletzung an der linken Brustseite bei. Der Junge, der wegen einer schlechten Note in den Tod gehen wollte, wurde ins Krankenhaus gebracht. Durch die Angel wurde auch ein Mitschüler an der Brust getroffen, doch war ihre Durchschlagskraft bereits so gering, daß sie nur eine Wunde verurlichtete.

Explosion — 68 Tote

Peking, 18. April. Nach einer Meldung aus London ist bei einem Militärposten bei der Stadt Tschifu ein chinesisches Pulverlager aus noch nicht bekannter Ursache in die Luft geflogen. Bis jetzt werden 68 Tote gemeldet.

Die Mutter und ihren Geliebten ermordet

Budapest, 18. April. In der Nähe der Gemeinde Eger hat der 21jährige Landwirtssohn Josef Molnár seine Mutter und deren Geliebten auf bestialische Weise ermordet. Die Leichen zerschüttelt und vergraben. Von Geisteskräften gemartert, hat sich Molnár nunmehr selbst der Gendarmerie gestellt und die Anklage gegen sich erhatet.

Herr Koch, wir bitten um Auskunfts! Herr Koch, der Prager Vertreter der Herren Hüter, Heines und Goering, hat dieser Tage auftragsgemäß einen Verbalnotenrassch bekommen, als er bei Känes seine Herren und Weiber von nicht gleichgededten Künstlern trefflicher karikiert sah. Die Gentlemen der braunen Konzentrationslager möchten sich, nach 14 Monaten Barbarenregime, gern mit Bergjumeinichtsträußchen im blondgeflochten Germanenhaar ablonterfeil sehen. Das sind die gleichen Anschuldungengel, deren Soldner vor wenigen Wochen den Kapitän des 4. Infanterieregiments in Königgrätz, Desider Kirinovič, über die Grenze gelockt und abgefangen haben. Kein Mensch weiß, wohin der unglückliche Kapitän verschleppt worden ist. Aber jeder weiß, daß man hier das schlimmste befürchten muß. Es wäre darum weit mehr angebracht, wenn Herr Koch, anstatt Protestnoten zu schicken, Auskunft über das Schicksal des tschechoslowakischen Kapitäns Kirinovič gäbe, den die Seinen verschleppt haben! Den sensiblen Naturen, die in schämende Ekstase geraten, wenn

Durch Fingerabdrücke von 2600 Personen

einen zweifachen Mörder sichergestellt

Aus Užhorod wird uns geschrieben: Ein am Dienstag verhandelter Prozeß vor den Geschworenen des hiesigen Kreisgerichtes stellt einen interessanten kriminalistischen Fall und einen einzigartigen Erfolg der Daktyloskopie dar.

In den späten Nachstunden des Silvesters 1932 überfiel ein Unbekannter in Kostová Pastil den Gastwirt Mandel und tötete ihn im Schlaf durch Hammerschläge auf den Kopf, während er dessen Ehefrau schwere Kopfverletzungen zufügte. Dem Täter fielen 20 Zigaretten und 30 Kč in der Hand. Außer Fingerabdrücken auf einem Fenster hinterlich der Unbekannte keinerlei Spuren. Die Gendarmerie, bei der Ueberraschung am nächsten Morgen gemeldet wurde, war der Meinung, daß der Mörder von Rittersnacht — zu welcher Stunde der Mord etwa verübt wurde — bis zum Morgen im verschneiten Gelände nicht mehr als 20 Kilometer zu Fuß habe zurücklegen können. In sechs wöchige

Arbeitslos nicht in Buttermilch malt, die aber keine Niene verziehen, wenn die Stützen der braunen Gesellschaft auf die Füße nach den Bürgern unseres Landes gehen, scheinen und wirklich nicht aus dem Holz geschnitten, aus dem man die zu Unrecht Verleibigten und Erniedrigten macht! Ehe sie sich wieder mit Känes beidäftigen, geschägter Herr Koch —: was ist mit dem Kapitän Desider Kirinovič?

SA-Kelame unter behördlicher Aufsicht. Auf dem Aufsteiger Bahnhof kann man ein Plakat lesen, das folgende Einladung enthält: Kdo navštivi Nemecko, kouh „Trommler“ 3 1/2 Pf., kvalitni cigarety noveho silneho tvaru. (Wer Deutschland besucht, raucht „Trommler“, 3 1/2 Pf., die Qualitätszigarette der neuen, starken Form.)

Diese „neue Qualitätszigarette“ wird in einem Betrieb der NSDAP hergestellt, dessen Reingehalt der SA zuzuführen. Das ist in Deutschland jedem Hände bekannt; den tschechoslowakischen Lesern des Plakates wird diese Tatsache durch die beigefügte Fabrikmarke der „Trommler“-Zigarette in Erinnerung gebracht. Sie sieht so aus:



Man muß nicht im Aufsichten von Verzierbildern geübt sein, um das Monogramm der SA auf den ersten Blick zu erkennen. Die „Monopol währschaft rellam“, die das Aufhängen des Plakates unter der Zahl 14370/1528 bis 31. 1. 1935 gestattet hat, verdient außer dem Gelde, das sie dafür bekam, noch eine Ehrengabe des Herrn Goebbels.

Fürchterlicher Selbstmord. Nach einer Meldung aus Debreczin hat der dort wohnhafte Rechtsanwält Dr. A. Drófi auf recht eigenartige Weise einen Selbstmordversuch gemacht. Er kürzte sich in ein als Zimmerdekoration dienendes Schwert, und zwar mit derartiger Wucht, daß die Schwertschneide in einer Länge von 20 Zentimetern aus dem Rücken herausragte. Der Rechtsanwalt hatte noch viel Kraft, um das Schwert aus dem Leibe zu ziehen, worauf er das Bewußtsein verlor. Er wurde in hoffnungslos Zustand ins Krankenhaus eingeliefert. Die Ursache der Tat dürfte in einem schweren Nervenzusammenhang liegen, das Dr. Drófi während seines Anwaltsberufes an der Front im Weltkrieg erlitten hat.

Schwierige Heimkehr. Auf Kapv Bellen sind die atmosphärischen Verhältnisse so ungünstig, daß die Flugzeuge die Geirandten des „Tschelju“ nicht dorthin befördern können. Aus diesem Grunde bleiben noch 24 Schiffbrüchige in Banfarem.

Leibestragödie. In der Nähe der ungarischen Gemeinde Tapiofalu hatte ein junges Paar auf fremdem Boden eine kleine Hütte erbaut. Als das Paar von der Gendarmerie zur Ausweidichtung aufgefordert wurde, schlüßelte es in die Hütte und verperrte die Tür. Kurz darauf trachten mehrere Revolvergeschosse. Als die Gendarmerie die Hütte mit Gewalt öffnete, fand sie die beiden jungen Leute nurmehr tot auf. Die Identität des Mannes konnte bereits sichergestellt werden, während die der jungen Frau noch unbekannt ist.

117jährig. In Marmaros Ehoth hat der 117jährige Mihai Hotea, der vor kurzem noch täglich in den Straßen der Stadt zu sehen war, Hotea erlag einem Gehirnschlag. Die Vererdigung fand unter großer Beteiligung der Bevölkerung statt.

Schadenersatzklage gegen den amerikanischen Generalpostmeister. Vier amerikanischen Luftverehrungsgesellschaften haben beim Obersten Gerichtshof in Washington gegen den Generalpostmeister Harley wegen der Annullierung der Luftpostverträge Klage eingereicht. Die Kläger wollen außerdem Harley persönlich auf Schadenersatz verurteilen.

Ein korrupter Steuerkommissar. Auf Anweisung der Finanzlandesdirektion in Užhorod verhaftete die Rumäner Polizei den Kommissar der dortigen Steuerverwaltung Dr. Theodor Lawicki, der seit 1. Juni 1929 in staatlichen Finanzdiensten steht und später als Referent der Steuerverwaltung zugeteilt wurde. Seine Ver-

Ziehung der Klassenlotterie

(Ohne Gewähr.)
Prag, 18. April. Bei der heutigen Ziehung der 5. Klasse der 30. Tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden nachfolgende Gewinnte gezogen:
Kč 40.000 das Los Nr. 44911;
Kč 20.000 das Los Nr. 10835;
Kč 10.000 die Lose Nr. 47525 11043 25313 24590 60134 76183;
Kč 5000 die Lose Nr. 69761 23559 93890 90269 7530 68505 63931 77546 12872 82419 39290 50796 19765 96566 14310 55521;
Kč 2000 die Lose Nr. 47601 32662 47195 45893 23982 76068 40882 88158 50832 36734 60480 85844 54998 37040 29926 41358 75477 10255 22291 69342 31929 64820 86337 60822 17406 84493 103181 60394 75224 100335 6221 76309 56890 13086 100094 50899 80657 79665 30109 35654 74337 91795 101635 69189 22289 3477 27725 48731 11734 47713 38372 70550 25549 102654 48149 50191 64980 42582 58441 16004 27026 51757 78532 101228 25745 102120 50293 99460 71743;
Kč 1200 die Lose Nr. 74257 775 9069 10596 15773 45121 80124 98375 97989 74059 84666 78339 15716 1122 64326 89300 5289 14940 94104 8175 85504 83208 38251 42429 68515 76319 49923 89836 42259 103035 73271 56339 4889 2571 15237 40770 41282 95222 78903 14297 68677 109339 74367 60173 91829 83338 94070 101056 47996 101995 6879 67239 42774 59093 49112 30411 64259 19754 18417 49058 45803 93049 62863 10604 101478 97381 38716 34754 34040 24317 86172 103157 100711 44893 39765 4017 103009 104671 23537 40891 4623 79140 102836 28186 23386 24152 94823 45313 26194 72962 40417 28094 89989 22789 91738 20510 30855 4279 22382 97347 82986 61031 21649 19940 27104 61351 49674 91031 54439 55129 61280 28997 20569 94916 1375 75549 96978.

haftung erfolgte, da er direkt in den Amtsräumen der Steuerverwaltung Verhaftungen entgegennahm. Er wurde einer Verhaftung unterzogen, wobei man eine 500-Kronen-Note fand, die er von einem Steuerzahler aus Rumstach erhalten hatte. Lavicky stammt aus Ostgalizien.

Hitler Freimaurer? Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: „Es wird im Lande das Gerücht verbreitet, das von der Reichsregierung zur Feier des 1. Mai herausgegebene Abzeichen, das den Kopf des Geistesarbeiters umrahmt, mit Hammer und Zirkel über einem Hebeitsabzeichen des Nationalsozialismus darstellt, deute auf freimaurerische Einflüsse hin. Dieses Gerücht ist zu kindisch, als daß es einer Widerlegung bedürfte. Das Abzeichen ist von dem bekannten Münchner Künstler Professor Klein entworfen und aus einer ganzen Reihe von Entwürfen als bestes und eindrucksvollstes vom Führer selbst ausgewählt worden.“ — Das Gerücht ist, dünkt uns, nicht kindischer als der Mann, der das Abzeichen als das beste und eindrucksvollste selbst ausgewählt hat. Er beweist ja immer wieder, daß sich über den Gesichtsmal tatsächlich nicht streiten läßt. Heber seinen kann man nur lachen. Daß etwa die Freimaurer auf ihn Einfluß haben könnten, ist nicht anzunehmen; dazu gibt es in den Logen doch zuviel Menschen mit Geist und Geschmack.

Orientexpress durch einen Streik aufgehalten. Die Eisenbahner aller griechischen Gesellschaften erklärten im Witternacht einen 21-tägigen Verkehrsstreik. Der Orientexpress mußte in Saloniki stehen bleiben.

Staatsprüfungen für Buchwarte. Die Staatsprüfungen für Buchwarte werden von der Prüfungskommission an der staatlichen Bibliotheksschule in Prag am 18. und 19. Juni d. J. abgehalten werden. Kandidaten, die sich der Prüfung (in tschechoslowakischer oder deutscher Sprache) unterziehen wollen, haben ihre Gesuche um Zulassung zur Prüfung längstens vier Wochen vor dem letztbestimmten Termin einzubringen. Die Gesuche sind an die Direktion der staatlichen Bibliotheksschule in Prag zu adressieren, mit einem 5-Kč-Stempel und folgenden Belegen zu versehen: Ein curriculum vitae, in dem das Nachstudium des Gesuchstellers ausführlich zu schildern ist, ein Wohlverhaltenszeugnis, falls der Gesuchsteller nicht in öffentlicher Stellung tätig ist; wenn er nicht an einer anderen Schule studiert, ferner das letzte Schulzeugnis und bei denjenigen, die die staatliche Bibliotheksschule nicht ordnungsgemäß absolviert haben, eine Bescheinigung darüber, daß sie mindestens zwei Jahre in einer Bibliothek erfolgreich beschäftigt waren. Die Gesuche sind an die Direktion der staatlichen Bibliotheksschule in Prag III., Malitzské nám. 1, zu richten.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:
Prag: Sender L.: 10.05 Deutsche Nachrichten, 10.30 Schulfunk, 13.45 Schallplatten, 17.05 Konzert des Prager Bläserquartetts, 18.25 Deutsche Sendung Prof. Dr. Starý und Dr. Wintermayer: Stoffwechsel- und Ernährungsfragen, 18.50 Arbeiterfestsendung: Walter Kolář-Prag: Aktuelle zehn Minuten, 19.00 Deutsche Nachrichten, 19.20 Bunte Folge, 20.05 Konzert der Jazzmusik, 22.15 Russischer Bericht. — Sender G.: 14.30 Schallplatten, 14.45 Cellokonzert, 15.10 Deutsche Sendung: Für die Hausfrau, 15.45 Deutsche Nachrichten. — Brunn: 16.00 Nachmittagskonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Sportbericht, 19.20 Militärkonzert. — Währ.-Osterr.: 12.35 Mittagskonzert, 18.05 Touristenmusik. — Aushau: 16.30 Nachmittagskonzert. — Berlin: 19.00 Pralms: Sonate u. Dur. — Breslau: 22.40 Unterhaltungsmusik. — Frankfurt: 21.15 Verdi-Wagner. — Königsbrunn: 23.00 Nachtmusik. — München: 19.10 Pradner: VI. Symphonie. — Wien: 20.00 Russl um Schafspeare.

Naturfreunde-Arbeit im Jahre 1933

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Sitz Kuffia, hat in seinem offiziellen Verbandsorgan „Der Bergfreund“...

Das abgelaufene Jahr war gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise und der nationalitätlichen Tendenzen...

Die Organisation in der Tschechoslowakei zählt über 100 Ortsgruppen mit nahezu 10.000 Mitgliedern...

Eine Reihe geräumiger Naturfreundehäuser: Im Erzgebirge: Neuhammer bei Naumburg, Gersdorf bei Rostock...

Der Mai-Aufruf der Sozialistischen Jugendinternationale

Die Sozialistische Jugendinternationale hat einen Aufruf zum 1. Mai erlassen. Nach der Besprechung der Lage in den europäischen Ländern...

Es ist ein gigantischer Kampf zwischen den Mächten der sinkenden Reaktion und den ewigen Menschheitsideen...

In dieser Ueberzeugung beharrt und nicht allein das Beispiel der tapferen, unerlöschenden Kämpfer der illegalen Bewegungen in Deutschland und Oesterreich...

In dieser Ueberzeugung wollen wir in diesem Sturm- und Kampfsjahr den 1. Mai zu einem wichtigen Bekenntnis der arbeitenden Jugend zum Sozialismus gestalten...

Das-Büro der Sozialistischen Jugendinternationale

„Baumblut“ im Elbtal

Die plötzliche Erwärmung hatte zur Folge, daß im oberen Elbtal bereits die Kirschensblüte einsetzte. Die Mirschbaumblüte bildet besonntlich den Anziehungspunkt zahlreicher Naturfreunde...

Jahr der Eisberge

Boston, 18. April. (Reuter.) Es wurden Wagnahmen ergriffen, um die den nördlichen Atlantischen Ozean kreuzenden Dampfer auf etwa 40 schwimmende Eisberge aufmerksam zu machen...

Flugverkehrsdiens Europa-Amerika?

Washington, 18. April. (Reuter.) Der Demokrat Copen brachte im Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf auf Einführung des Flugverkehrsdiens zwischen Europa und Amerika mittels Luftschiffen ein...

Kampfschreie gegen Reaktion und Kriegsgefahr in allen Ländern. Erhebt sie als Größt an die Kameraden unserer Verbände...

dritte Internationale Sozialistische Jugendtreffen in Lüttich

Vom 3. bis 5. August werden wir uns in Lüttich vereinigen zu einer Massenversammlung des jungen sozialistischen Proletariats. Auf den Tag genau zwanzig Jahre nach der Eroberung Lüttichs im Weltkrieg...

Bereitet für den Tag des Jugendtreffens in Lüttich in allen Ländern Parallelskundgebungen vor. Die wirtschaftliche Not und die politische Inflation werden viele unserer Mitglieder hindern...

Die Stunde ist ernst, der Kampf ist schwer, aber der Sieg wird unser sein.

Die Reihen geschlossen! Die Fahnen hoch! Es lebe der internationale Sozialismus!

Lüttich, den 23. März 1934.

Island zwei Luftschiffe mit einem Rauminhalt von 700 Millionen Kubikfuß bauen und in Amerika einen Landungsplatz anlegen soll.

550 Gepraktante entwichen

London, 18. April. Wie aus Mahabata gemeldet wird, sind 550 Gepraktante aus einem Krankenhaus entwichen.

Dorf in Flammen. In dem Berarberger Bergdorf Prarern wütet seit Mittwoch vor-mittags ein verheerender Brand, der fast das ganze Dorf, das zur Stunde etwa 20 Häuser...

Die Ernte im Jahre 1933

Die eben erschienene Nummer 47 der „Mitteilungen des Statistischen Zentralamtes“ veröffentlicht eine Uebersicht über die letzte Ernte...

Eine bemerkenswerte Zunahme weist nur die Weizenernte aus (Erntefläche 918.889 Hektar, d. i. um 10 Prozent mehr als im Jahre 1932...

Bereinzelt und ihrer Menge nach wenig bedeutende weitere Ernteannahmen finden wir auch bei Erdbeeren, Erbsen, Lupine, Weizen, Roggen...

Sibirische Jagd. Nach Meldungen aus den sibirischen Gebieten hatten die Jagden auf Sobel, Blauschneehase und Hermelin in der letzten Saison großen Erfolg.

Der Vlies. Dienstag, nachmittags wurde der 23-jährige Landwirtssohn Ernst Vader in Wormsdorf bei Eilsleben (Saarland)...

Die Jugend voran — im Trinken! Die einzige erfreuliche Begleiterscheinung der Wirtschaftskrise ist der allgemeine Rückgang des Verbrauchs an alkoholischen Getränken...

Die literarische Bilanz der CSR für das Jahr 1932

Was bei uns gedruckt wurde. — Die Deutschen in der tschechischen Literaturbilanz.

Die statistische Erfassung der literarischen Produktion der einzelnen Staaten, die ja ein hochbedeutender Gradmesser für das Kulturleben des betreffenden Volkes ist...

Insgesamt wurden für 1932 in der Tschechoslowakei

8140 Druckwerke aller Art

publiziert, wovon nicht weniger als 66 Prozent (5373) auf wissenschaftliche Literatur entfallen und nur 34 Prozent der künstlerischen Produktion...

schaften (196) weit hinter der Fachgruppe „Landwirtschaft“ (302) zurückblieben. Mathematik mit allen Naturwissenschaften bringt es auf 242...

künstlerisch-literarischen Produktion (2793 Werke)

steht die Prosadichtung mit 1109 Publikationen weit an der Spitze. Die dramatische Produktion zählt 499 Werke...

Interessant ist übrigens, daß der geringe Anteil der poetischen Literatur für die Slowaken nicht zutrifft, in deren literarischer Produktion die Poesie mit 23,9 Prozent vertreten ist...

Der Anteil der Deutschen

an der Gesamtliteratur ist einerseits durch 911 deutsche Originalpublikationen gekennzeichnet, andererseits 141 Uebersetzungen deutscher Bücher ins Tschechische...

dem früheren Kulturdeutschland bestanden, das ja im März 1933 vorläufig zu bestehen aufgehört hat. Uebersetzt hat diese Statistik...

Was die erwähnten 141 Uebersetzungen aus dem Deutschen betrifft, so sind 48 davon wissenschaftlicher Art, 7 Prosaerzählungen, 7 dramatische Dichtungen...

Künftige Statistiken werden zeigen, ob hinter Deutschland mit seiner geliebten und absterbenden Wissenschaft, seinem zugrunde gerichteten und entwürdigten Schrifttum...

